

Green Deal *erklärt*

**Neue Ziele für 2030/2050 und EU-Klimagesetz
sowie
Überblick zu den anstehenden Gesetzgebungsverfahren**

Fabian Pause

Würzburg, 27. Oktober 2020



STIFTUNG UMWELTENERGIERECHT – ZUKUNFTSWERKSTATT FÜR DAS RECHT DER ENERGIEWENDE

Zukunftswerkstatt für das Recht der Energiewende



- Gemeinnütziges, spezialisiertes Forschungsinstitut
- Leitfrage: Wie muss sich der Rechtsrahmen verändern, damit die energie- und klimapolitischen Ziele erreicht werden?
- Interdisziplinäre Forschungspartner, enger Austausch mit der Praxis
- Beratung in Gesetzgebungsprozessen



PROJEKT „AUSWIRKUNGEN DES EU GREEN DEAL AUF DAS KLIMASCHUTZ- UND ENERGIERECHT IN DEUTSCHLAND“

Idee des Projekts und Umsetzung

- Förderung durch die **Stiftung Mercator**; Laufzeit bis Ende 2025.
- Rechtswissenschaftliche Begleitung und Analyse der Fortentwicklung des EU-Energie- und Klimarechts im Rahmen des „Green Deals“, insb.
 - energie- und klimapolitische Entwicklungen in der EU identifizieren und rechtlich mit Blick auf das deutsche Recht der Energiewende einordnen sowie
 - verbleibende energie- und klimapolitische Handlungsspielräume des deutschen Gesetzgebers bestimmen.
- **Ferner:** Umsetzung des „Saubere Energie für alle Europäer“-Pakets in nationales Recht.
- Wichtiger Aspekt des Projekts: Wir wollen das Wissen um die sich ändernde Rechtslage **allgemeinverständlich** an die Öffentlichkeit weitergeben und komplexe rechtswissenschaftliche Hintergründe erklären und „übersetzen“.
- Online-Seminarreihe „Green Deal erklärt“ **an jedem letzten Dienstag eines Monats** mit aktuellen Entwicklungen und vertieften Analysen.

Was steckt im EU Green Deal?

„Do no harm“

EU-Finanzrahmen

EU-Haushalt 2021-2027
EU Wiederaufbau-Plan
Covid-Solvvenzhilfe

EU Green Deal

KOM, 11.12.2019

Anwendung bzw. Umsetzung EU-Winterpaket („Clean Energy“)

Klimaambitionen

EU-Klimagesetz
Klimazielpfad 2030

Saubere Energie

Energiesystem-
integration
Wasserstoff
Renovierungswelle
Offshore
TEN-E-Infrastruktur
Gaspaket

CO₂-Bepreisung

ETS-/Non-ETS
Energiesteuern
CO₂-Grenz-
ausgleichssystem

Verkehr

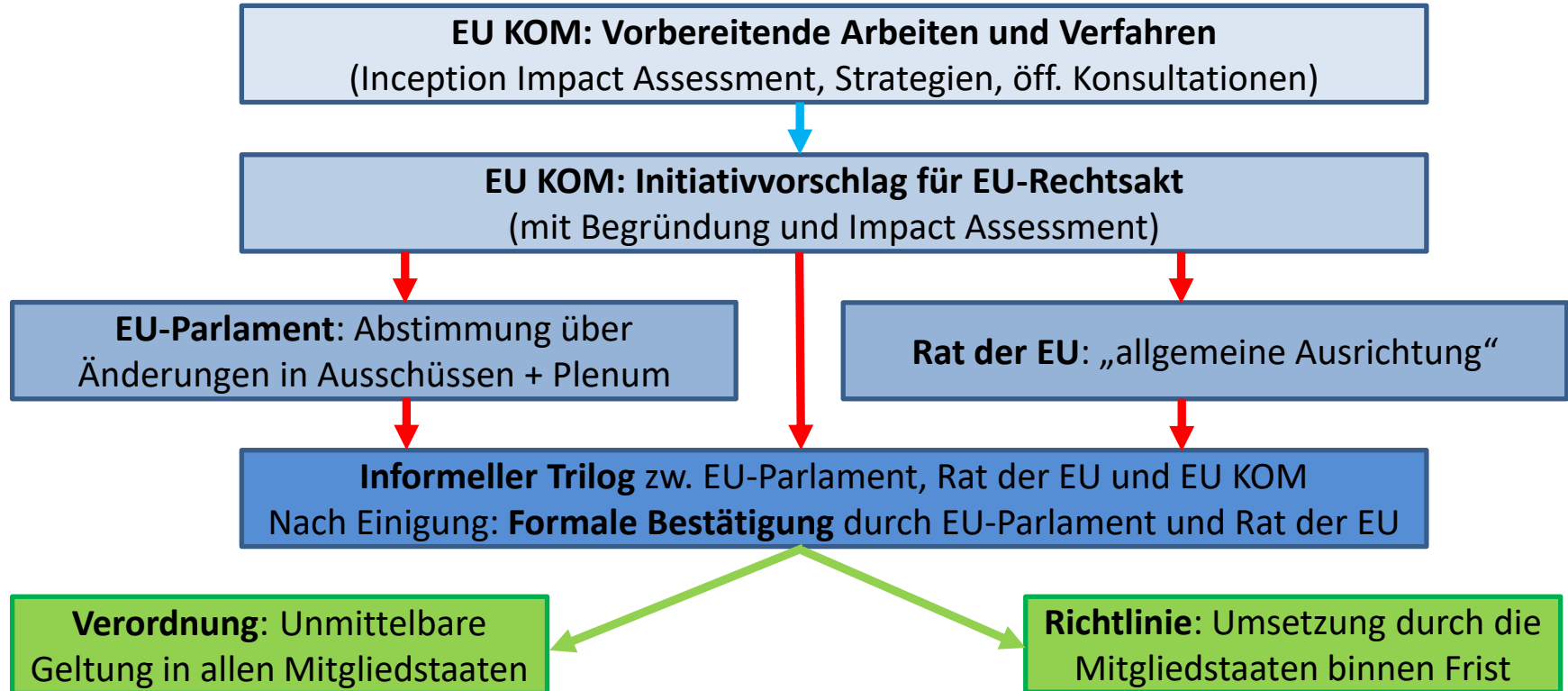
Nachhaltige,
intelligente
Mobilität
CO₂-
Emissionen

Finanzierung

Investitionsplan mit
Fonds für „gerechten
Übergang“
Nachhaltiges
Finanzwesen
Taxonomie-Verordnung

Beihilferecht, insb. Beihilfeleitlinien UEBLL

Gang des ordentlichen EU-Gesetzgebungsverfahrens

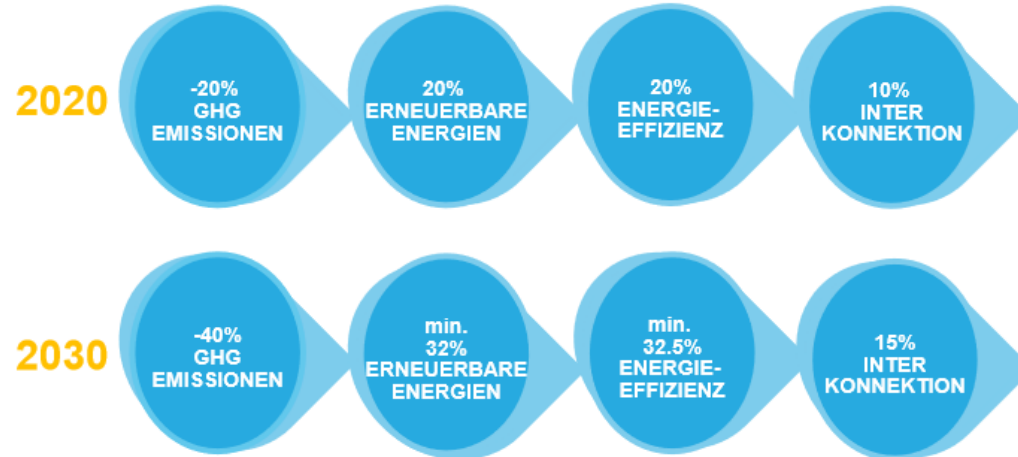




THEMENBLOCK I: NEUE ZIELE FÜR 2030 UND 2050 UND EU-KLIMAGESETZ

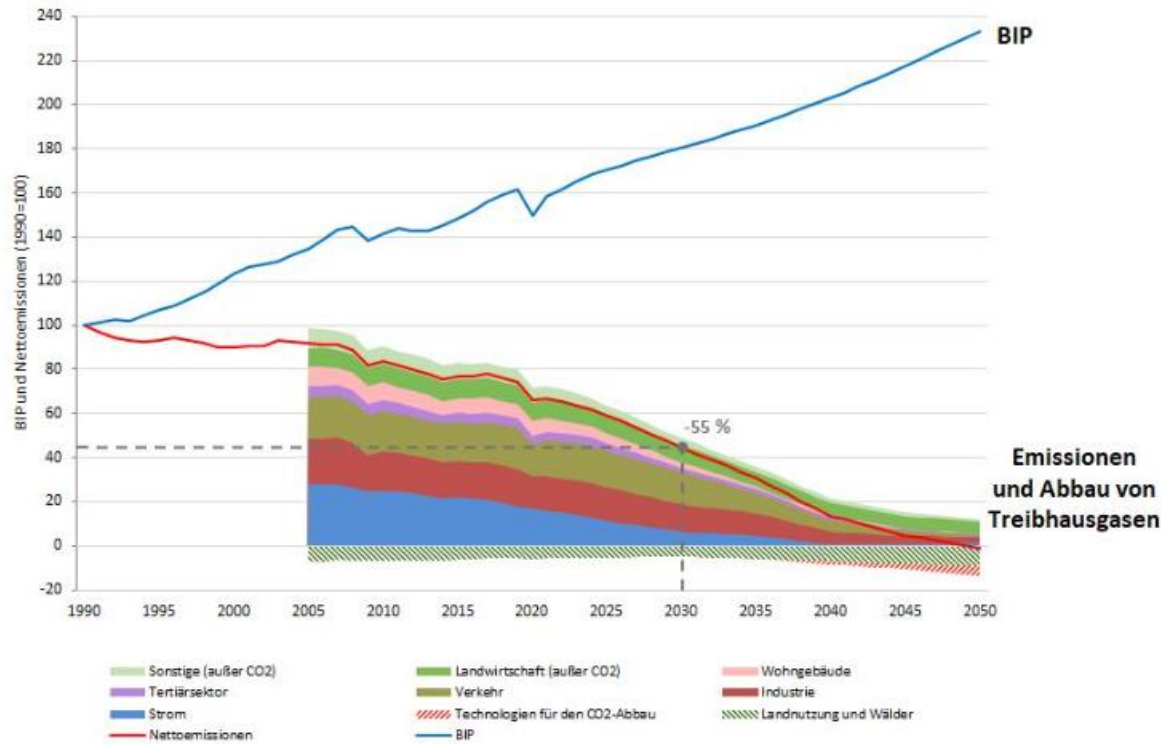
EU-Energierechtsrahmen 2021-2030

EU-ENERGIE-UND KLIMAPOLITIK – ZIELSETZUNGEN



Quelle: EU-Kommission

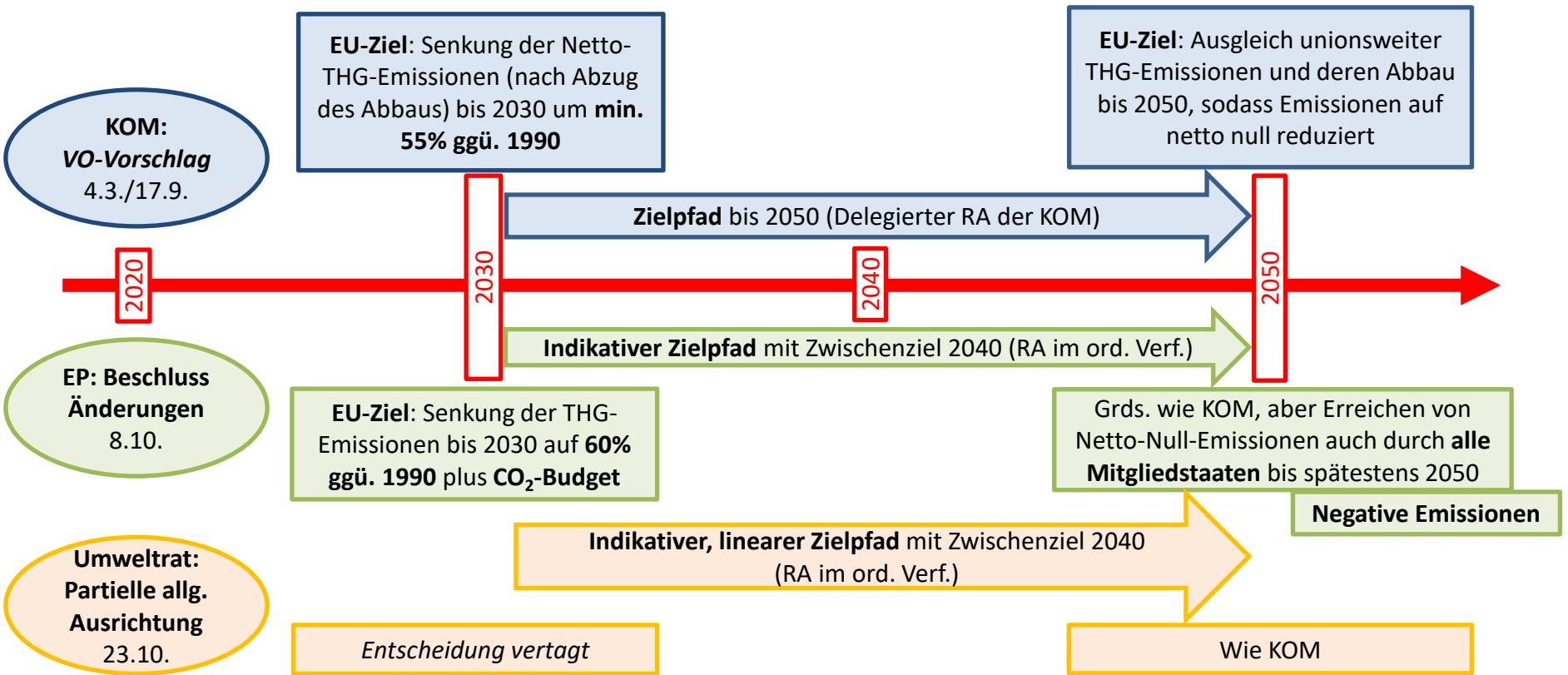
Climate Target Plan der EU KOM: Folgenabschätzung (17.09.)



- Entkopplung von BIP und CO₂-Ausstoß.
- EU-KOM geht auch bei höherem Ambitionsniveau von steigendem BIP aus.

Quelle: COM(2020) 562 final, Mitteilung zum Climate Target Plan, 17.09.2020, S. 8

EU-Klimagesetz-VO: Wie soll der Weg aussehen?



Wie geht es weiter mit dem EU-Klimagesetz?

- Mit Ausnahme des 2030-Ziels liegen Voraussetzungen für **Beginn des informellen Trilogs** vor;
- Einigung über 2030-Ziel wohl am 10./11.12.2020 durch **Europäischen Rat** (ER = Staats- und Regierungschefs)
→ Achtung: ER ist kein Gesetzgebungsorgan! Insofern Bestätigung durch (Umwelt-)Rat für „allgemeine Ausrichtung“ erforderlich (letzte Sitzung in 2020 am 17.12.2020);
- Beachte: **12.12.2020 = 5. Jahrestag des Übereinkommens von Paris**; ER strebt eine Einigung noch in diesem Jahr an
→ Vorlage des aktualisierten **national festgelegten Beitrags (NDC) der EU für 2030** zum UNFCCC;

Weitere strittige bzw. offene Punkte des EU-Klimagesetzes

- **Verpflichtung der Mitgliedstaaten** zur gemeinsamen Verwirklichung des Ziels der Klimaneutralität;
- **Bewertung der Fortschritte** der Union sowie nationaler Maßnahmen durch KOM (Rückbindung an Governance-VO und Nationale Energie- und Klimapläne NECPs);
- **Review** des Klimagesetzes (Ziele und Zielpfad): spätestens sechs Monate nach jeder weiteren Bestandsaufnahme (“global stocktake”) gemäß des Übereinkommens von Paris;
- Forderung EP: Einrichtung eines ***European Climate Change Council*** (ECCC) (“*permanent, independent, inter-disciplinary scientific advisory panel on climate change*”).



THEMENBLOCK I: FRAGEN UND ANTWORTEN



THEMENBLOCK II: ÜBERBLICK ZU DEN ANSTEHENDEN GESETZGEBUNGSVERFAHREN

KOM-Arbeitsprogramm 2021: „Fit für 55“-Paket (Q 2/2021)

- **CO₂-Bepreisung**
 - Überarbeitung des **Emissionshandelssystems** der EU und Vorschlag zu EHS-Eigenmitteln
 - Neu: **CO₂-Grenzausgleichssystem** und Vorschlag zu zugehörigen Eigenmitteln
 - Überarbeitung von **Lastenteilungsverordnung** (ESR), **Energiebesteuerungsrichtlinie** sowie **LULUCF-VO** (Landnutzung, Landnutzungsänderungen, Forstwirtschaft)
- Änderung **Erneuerbaren-RL** „zur Anpassung an das ehrgeizige neue Klimaziel für 2030“
- Änderung **Energieeffizienz-RL** „zur Anpassung an das ehrgeizige neue Klimaziel für 2030“ sowie Überarbeitung der **Gebäudeeffizienz-RL** (Q 4/2021)
- **Verkehr**
 - Überarbeitung RL über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe
 - Überarbeitung VO zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen: neue Pkw und leichte Nfz
- **Q 4/2021: Überarbeitung des Dritten Energiepakets für Gas**

Besonderer Aspekt bei der CO₂-Bepreisung: EU-Eigenmittel

- **Z.B. CO₂-Grenzausgleichssystem:** EU-KOM konsultiert vier Optionen, u.a.
 - **Steuer oder Zoll auf Importe** an der EU-Grenze für bestimmte Produkte in *carbon leakage* gefährdeten Sektoren;
 - **CO₂-Steuer auf Verbrauchsebene** für bestimmte Produkte, deren Produktion *carbon leakage* gefährdet ist (sowohl innerhalb der EU als auch für Importe).
- Einordnung in das **Eigenmittelsystem der EU:**
 - Grundsätzlich werden drei Arten von Eigenmitteln der EU unterschieden: Abgaben und Zölle, MwSt.-Eigenmittel und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel.
 - „**CO₂-Grenzausgleichssteuer**“ wäre Einführung eines neuen Eigenmittels (Abgabe oder Zoll), umgesetzt durch sog. Eigenmittelbeschluss in einem bes. Verfahren: Rat erlässt einstimmig Beschluss; EP wird nur angehört, keine Mitentscheidung; anschließend: Zustimmung aller Mitgliedstaaten nach ihren jeweiligen nationalen Vorschriften.
 - Mitgliedstaaten **erheben** die „CO₂-Grenzausgleichssteuer“ nach ihren jeweiligen nationalen Systemen und **führen** dann die erhobenen Geldmittel an die EU **ab**.

Mögliche Inhalte: KOM-Analyse von Politikszenerarien (17.09.2020)

- Bewertung von **sechs Politikszenerarien** in verschiedenen Instrumentenfeldern:
 - ETS/non-ETS/CO₂-Bepreisung, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Transport, LULUCF;
 - Jeweils vier Stufen: von Beibehaltung derzeitigen Status quo bis hohe Intensivierung der sektoralen Politiken.
- KOM präferiert **Mix von Instrumenten**, insb.:
 - Ausweitung des **ETS** auf Straßenverkehr und Gebäude;
 - Weiterhin: mögliche (parallele) Anwendung der **Lastenteilungsverordnung** (ESR);
 - **Erneuerbare Energien** („moderate Intensivierung“), u.a.: Anpassung des 2030-EU-Ziels für Erneuerbare (sowie Unterziele für Wärme/Kälte und Transport);
 - **Energieeffizienz** („moderate Intensivierung“), u.a.: Anpassung des 2030-EU-Ziels für Energieeffizienz sowie Stärkung der Politikmaßnahmen für Gebäude und Industrie.
- **Wichtig:** Parallel Bewertung der **NECPs**, auch *State of the Energy Union*

Mögliche Inhalte: Allgemeine Transformationsfragen

- **KOM-Strategie zu Energiesystemintegration, u.a.**
 - ‘Energy-efficiency-first’-Grundsatz im Zentrum des neuen Energiesystems
 - Beschleunigung der Elektrifizierung der Energienachfrage (auf Basis von EE)
 - *“Making energy markets fit for decarbonisation and distributed resources”*
 - *“Digitalisation of Energy Action Plan”*
- **KOM-Strategie zu Wasserstoff**
 - Zubau „grüner“ Wasserstoff:
 - Bis 2024: min. 6 GW (Industrie, Verkehr), 2025-2030: min. 40 GW (Schwerindustrie, Verkehr)
 - Ab 2030: Marktreife
 - Neuer EU-Rechtsrahmen für Fördersysteme, Marktregulierung, Infrastruktur
 - Möglichst auf EU-Ebene: Pilotsystem für ein *Carbon Contracts for Difference*-Programm angestrebt, insb. in der Stahl- und Chemieindustrie

Und zum Schluss: Überarbeitung der UEBLL

- Zur Erinnerung: Derzeitige KOM-Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen (UEBLL) sollten eigentlich bis zum **31.12.2020** gelten und wurden nunmehr bis zum **31.12.2021** verlängert.
- **Große** praktische Bedeutung (obwohl eigentlich nur Innenrecht der KOM).
- UEBLL sollen aktualisiert werden, so KOM,
 - „um regulatorischen, technologischen und marktwirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen und den digitalen und ökologischen Wandel der Wirtschaft angemessen zu begleiten“ und
 - „um einen kostengünstigen Übergang von Wirtschaft und Industrie zur Klimaneutralität bis 2050 zu unterstützen“.
- **Ziel:** Modernisierung und Vereinfachung des Beihilferahmens.
- Voraussichtliche Annahme: 4. Quartal 2021.

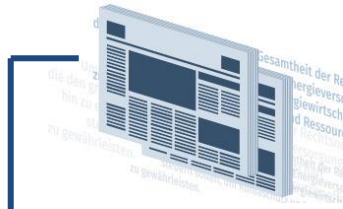


THEMENBLOCK II: FRAGEN UND ANTWORTEN



**NÄCHSTES ONLINE-SEMINAR
„GREEN DEAL *ERKLÄRT*“ AM
DIENSTAG, 24. NOVEMBER, 9:00 UHR**

Bleiben Sie auf dem Laufenden



Newsletter

Info | Stiftung Umweltenergie recht informiert periodisch über die aktuellen Entwicklungen



Webseite

www.umweltenergie recht.de als

Informationsportal



Social Media

aktuelle Informationen auf Facebook und Twitter



Unterstützen Sie unsere Forschung

Hannah Lallathin



Hannah Lallathin, M.A. (Kultur und Wirtschaft)

Referentin Fundraising

Tel.: [+49-931-79 40 77-24](tel:+49-931-794077-24)

E-Mail: lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

Stiftung Umweltenergierecht

Fabian Pause, LL.M. Eur.

Leiter Forschungsgebiet Europäisches und internationales Umweltenergierecht sowie
Rechtsvergleichung

Ludwigstraße 22

97070 Würzburg

pause@stiftung-umweltenergierecht.de

Tel: +49-931-79 40 77-18

Fax: +49-931-79 40 77-29

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Zustiftungen und Spenden für laufende Forschungsaufgaben.

Spenden: BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)
IBAN DE16 7905 0000 0046 7431 83

Zustiftungen: BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)
IBAN DE83 7905 0000 0046 7454 69



ANHANG MIT QUELENNACHWEISEN

Quellen / Weitere Informationen:

- KOM, Mitteilung „Der europäische Green Deal“, 11.12.2019, COM(2019) 640 final
- KOM, Vorschlag für eine Verordnung für ein „Europäisches Klimagesetz“, 04.03.2020, COM(2020) 80 final sowie Änderungsvorschlag, 17.09.2020, COM(2020) 563 final
- KOM, Mitteilung „Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030“, 17.09.2020, COM(2020) 562 final mit 2030 Climate Target Plan Impact Assessment, 17.09.2020, SWD(2020) 176 final/1 und 2 und SWD(2020) 177 final
- KOM, Mitteilung „Eine EU-weite Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne“, 17.09.2020, COM(2020) 564 final
- COM, 2020 report on the State of the Energy Union pursuant to Regulation (EU) 2018/1999 on Governance of the Energy Union and Climate Action, 14.10.2020, COM(2020) 950 final
- COM, Renewable Energy Progress Report, 14.10.2020, COM(2020) 952 final
- COM, Progress report on improving energy efficiency, 14.10.2020, COM(2020) 954 final
- KOM, Mitteilung „Arbeitsprogramm der Kommission für 2021: Eine vitale Union in einer fragilen Welt“, 19.10.2020, COM(2020) 690 final mit Anhängen
- EP, European Climate Law, Amendments adopted by the European Parliament on 8 October 2020: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0253_DE.pdf
- Council of the European Union, Partial general approach, 23 October 2020: <https://www.consilium.europa.eu/media/46514/st12261-en20.pdf>
- Informationen zum Europäischen Aufbauplan sowie Mehrjährigen Finanzrahmen: https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de